№ 2. 1851.

Lausitzer Zeitung

für

Tagesgeschichte und Unterhaltung

nebst

Görlitzer Nachrichten.

Vierteljähriger Abonnements-Preis: für Görlitz 12 sgr. 6 pf., innerhalb des ganzen Preußischen Staats incl. Porto-Aufschlag 15 sgr. 9 pf.

Erscheint wöchentlich dreimal, Dinstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühren für den Raum einer Petit-Zeil 6 pf.

Görlitz, Sonnabend den 4. Januar 1851.

Die Dresdener Conferenzen.

Dresden, 31. Dec. Die Form der Berathungen in den Ministerconferenzen betreffend, so ist entschieden, daß denselben die **Bundesacte** in dem Umfange werde zu Grunde gelegt werden, daß Punkt für Punkt vorgenommen und jedem Theilnehmer überlassen wird, seine bezüglichen Motionen zu stellen. Oesterreich in Verbindung mit Preußen wird folgende Verfassungsrevision proponiren: Es soll ein weiterer und ein engerer Bundesrath eingesetzt werden. Jener würde aus den sämmtlichen souverainen Regierungen bestehen und mit der Gesetzgebung betraut werden. Dieser hingegen würde sich auf Preußen, Oesterreich und die ehemaligen mit der Kurwürde bekleideten Staaten beschränken und die Regierungsgewalt ausschließlich des Gesetzvorschlags ausüben und in diesem engern Rathe würde Preußen den Vorsitz führen, Oesterreich hingegen die Executive erhalten. Die bairische Proposition, welcher sich auch die Mittelstaaten angeschlossen, empfiehlt folgende Punkte: Es solle der Deutsche Bund aus drei Staatengruppen bestehen: Oesterreich, Preußen und die übrigen verbündeten Staaten Deutschlands. An der Spitze des Bundes steht ein österreichischer, ein preußischer und ein Prinz der übrigen Fürstenhäuser. Diese Trias, die eigentliche Regierungsgewalt, führt den Namen Bundesrath. Ihr zur Seite und als gesetzgebende Gewalt steht ein Bundestag, zerfallend in ein Ständehaus und ein Volkshaus. Jenes zählt 150 Mitglieder; 49 aus den ehemals reichsunmittelbaren Fürstenhäusern, welche den Titel Durchlaucht und aus Denen, welche den Titel Erlaucht führen, und die übrigen 90 zur Hälfte aus den Ernennungen der Einzelregierungen und zur Hälfte aus den Wahlen der 1. Kammer hervorgehend. Das Volkshaus hat 300 Mitglieder, von den Volkskammern der drei Staatengruppen in gleichmäßiger Anzahl gewählt. Die dritte Staatengruppe tritt ähnlich der Union als politische Gesammtheit in den Deutschen Bund und das ihr vorgesetzte und an der dreiheitlichen Bundesregierung theilnehmende Oberhaupt ist ein Prinz, welchen das Staatenhaus aus drei ihm von den Regierungen vorgeschlagenen wählt.

— Der Fürst v. **Schwarzenberg** ist heute Mittag von Berlin hier im Prinzenpalais eingetroffen. Auch der preußische Staatsminister a. D. Graf v. **Alvensleben** ist wieder hierher zurückgekehrt. [D. A. Z.]

Deutschland.

Berlin, 31. Dec. Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten, Herr **von Raumer** Excellenz, hatte gestern Mittag die sämmtlichen Räthe und Hülfsarbeiter seines Ministeriums versammelt, um bei dem Antritte seines Amtes einige herzliche Worte an sie zu richten.

Berlin, 1. Jan. Der Präsident der **zweiten Kammer**, Graf v. **Schwerin**, zeigt in den hiesigen Blättern an, daß die Sitzung der zweiten Kammer am 3. Januar beginnt. Gegenstand der Berathung werde sein: Feststellung der Tagesordnung für die nächsten Sitzungen.

— Man erfährt, schreibt die Voß'sche Zeitung, daß bis Ende März d. J. noch folgende Gegenstände fertig sein müssen, für deren Anfertigung bereits die nöthigen Bestellungen gemacht werden, nämlich 90,000 **Helme** für die Infanterie und 300,000 kleine Patrontaschen von der neuesten Façon. Der Infanterist wird künftig zwei Patrontaschen tragen, rechts und links eine. Jede derselben faßt 30 Patronen, die Zündhütchen stecken gegen alle Witterung wohlverwahrt in einem mit Haaren besetzten Seitentäschchen. Die Patrontasche selbst ist vom stärksten, haltbarsten Leder. Da nun im Tornister sich 60 Patronen befinden, so wird jeder Infanterist in Zukunft mit 120 Patronen und den nöthigen Zündhütchen versehen sein. Das Macherlohn für eine Patrontasche der neuesten Façon betrug bisher $3\frac{1}{2}$ Sgr., jetzt bietet man bereits $5\frac{1}{2}$ Sgr. und wird damit noch höher gehen, um nur die Anfertigung bis zum nächsten Frühjahre zu realisiren. Außerdem sind eine unzählige Menge von Bandeliers bestellt und bereits in Anfertigung begriffen.

Berlin, 2. Jan. Die Reise des Fürsten Schwarzenberg soll der Entwaffnungsfrage gegolten haben. Oesterreich soll, weil es alle seine Truppen bereits von den Grenzen zurückgezogen habe, von Preußen eine weitere Demobilisirung verlangt haben, jedoch von Preußen keine befriedigende Antwort erhalten haben.

Dresden, 31. Dec. Die **Adresse**, welche kürzlich von einer Anzahl leipziger Kaufleute dem preußischen Ministerpräsidenten v. Manteuffel in Dresden überreicht wurde, lautet:

Ew. Excellenz überreichen wir beigefügt eine Adresse mehrer hiesigen Bürger und ein dazu gehöriges Andenken mit der gehorsamsten Bitte, daß Sie beide gütigst aufnehmen wollen. Uns gereicht es zur besonderen Ehre, Diejenigen zu sein, welche den Gedanken vieler, sehr vieler ihrer Mitbürger Worte geben, und mögen Sie nicht nach der Zahl der Unterschriften eine Sache beurtheilen, die längst im ganzen deutschen Vaterlande und auch außerhalb desselben ein Urtheil erfahren hat, welches die Nachwelt mit goldenen Buchstaben lesen wird. Wohl ist es leichter, im offenen Felde der blutigen Schlachten zu stehen, als mit ruhigem Blute den Sturm aufbrausender Leidenschaften zu beschwichtigen, und nur aus der klaren Ueberzeugung, das wahre Wohl des engern und weitern Vaterlandes zu fördern, kann Muth und Kraft zu der Stärke werden, daß wilde Wogen an solchem Felsen sich brechen. Der von Ihnen betretene Weg hat auch von unserm engern Vaterlande und insbesondere unserer Vaterstadt viel Trübsal abgehalten, was nur die in vollem Maße zu würdigen wissen, welche die Drangsale eines Krieges bereits erlebt haben. Und je größer und inniger unsere Anhänglichkeit an das uns angestammte Regentenhaus und insbesondere an unsern vortrefflichen allverehrten König ist, je tiefer und schmerzlicher gerade dieser die Wunden empfunden hätte, welche ein Krieg unsern friedlichen Gauen geschlagen hätte, um so größer und inniger ist auch unser Dank für Ihren zur That sich gestaltenden Entschluß, nicht in Zwietracht und Krieg, sondern in Eintracht und Frieden das Gedeihen des edelsten Volks der Erde zu suchen und zu fördern. Solchem Streben und solchen Thaten gebührt die Bürgerkrone und der Lorbeer mit deutscher Eiche gepaart; wir reichen sie Ihnen mit dem Wunsche, daß der Regierer aller Welten und aller Zeiten Ihr reines Streben segnen möge. Die wir in größter Ehrerbietung beharren. Leipzig, 27. Dec. 1850. (Folgen die Unterschriften.)

Rastatt, 28. Dec. Tief beklagenswerth ist ein Unfug, der in der nächsten Nähe der Festung von Leuten nächtlicherweile begangen wurde, deren Begriffsverwirrung und Verwilderung selbst das angriff, was barbarische Nationen am Feinde hochachten, die Ehre der Todten. Den vor Rastatt Gefallenen vom 20. Regiment hatten bei Niederbühl ihre Kameraden einen Denkstein errichtet. Aus diesem wurden die Namen der Todten herausgemeißelt, der Stein beschädigt. Wir freuen uns, hinzufügen zu können, daß die Eile, womit die Spur dieser bübischen That verwischt wurde, und die allgemeine Mißbilligung zeigten, daß sie nur ganz vereinzelt dastehe.

Darmstadt, 30. Dec. Laut Bekanntmachung des Gr. Bürgermeisters werden nächsten Samstag, Sonntag und Montag (4. 5. 6. Jan.) jedesmal ohngefähr 1200 M. Kaiserl. österreichische Truppen dahier eintreffen und einquartiert werden.

Kassel, 30. Dec. Die Einsetzung des **permanenten Kriegsgerichts** ist erfolgt. Vier junge Referendare sind zu

Auditeuren ernannt worden. Die Beisitzer sollen aus den Bundestruppen genommen werden.

Die Steuerzahlung ist in vollem Gange. Der Steuererheber ist förmlich belagert. Die Steuerpflichtigen geben der unwiderstehlichen Gewalt nach.

Kassel, 30. Dec. Der passive Widerstand von Seiten des Volks und der Behörden ist gebrochen. Die Betheiligten haben sich von der Nutzlosigkeit einer längeren Opposition überzeugt und werden sich beugen. Die Mitglieder des Stadtraths haben gestern noch jedes 10 Mann Executionstruppen erhalten, so daß der Bürgermeister Hartwig jetzt 35 Mann hat. Ich zweifle jedoch daran, daß sie nicht heute nachgeben werden. So eben wird durch die Stadtschelle bekannt gemacht, daß der Termin der directen Steuerzahlung bis Mitte des kommenden Monats verlängert ist. Die Kosten der im Kurstaate vollzogenen Executionen, auf deren Erstattung die bairische Regierung bei der unserigen angetragen hat, sollen sich bereits auf 7 Millionen Gulden belaufen. An Fouragegeldern hat die Stadt Kassel allein täglich eine Summe von 500 Thlr. zu zahlen.

Kassel, 31. Dec. Bis zu österreichischen Begnadigungen wären wir nun schon gekommen. Heute hat ein junger Bürger von Kassel 25 Stockprügel erhalten, weil er sich einem Soldaten gegenüber, der ihn der Angabe nach habe arretiren wollen, zur Wehr gesetzt und denselben verletzt hat.

Kassel, 31. Dec. Das Executionscorps des Feldmarschall-Lieutenants Legeditsch hat gestern von Fulda aus seinen Marsch nach Schleswig-Holstein angetreten. Es wird in zwei Colonnen von je 12,500 Mann über Wabern und Fritzlar auf Kassel kommen, hier am 5. Rasttag halten und über Karlshafen durch das Hannoversche marschiren.

Kassel, 1. Jan. Für politische Betheiligung mannigfacher Art haben eine Menge Personen starke Bequartierung erhalten.

— Der Conflict in Hessen zwischen dem österreichischen und dem preußischen Commissar hat seine vollständige Erledigung gefunden. Er wurde dadurch herbeigeführt, daß die letzten Instructionen für den Grafen Leiningen zu spät aus Wien abgegangen waren. Fortan werden beide Commissare in allen Vornahmen Hand in Hand gehen.

Schleswig-Holstein'sche Angelegenheiten.

Kiel, 29. Decbr. Heute traf der österreichische Oberst Baron v. Gabelenz direkt von Dresden hier ein, und ist der Ueberbringer von Depeschen für die Statthalterschaft, welche in Dresden gemeinschaftlich von dem preußischen und österreichischen Ministerpräsidenten in Uebereinkunft ausgefertigt worden sein sollen. Sind wir recht unterrichtet, so beziehen sich dieselben auf die, nach dem Friedenstractat vom 2. Juli festgestellten Bedingungen: Zurückziehen der Armee aus Schleswig, Reducirung derselben bis auf ein Dritttheil ihrer jetzigen Stärke und Anerkennung der monarchischen Autorität in Holstein. Der Oberst soll von der Statthalterschaft eine letzte und bestimmte Antwort verlangen, ob sie auf die genannten Propositionen einzugehen geneigt sei oder nicht; für den letzteren Fall ist eine Execution von Bundestruppen in Aussicht gestellt.

— Die Neue Preußische Zeitung berichtet, daß die für Schleswig-Holstein bestimmte Executionsarmee aus 50,000 Mann bestehe, und zwar zur Hälfte aus Preußen, zur Hälfte aus Oesterreichern. Die österreichischen Truppen würden weder Berlin noch die Festung Magdeburg, noch überhaupt preußisches Gebiet betreten, vielmehr durch Hannover und an einem geeigneten Punkte über die Elbe gehen. Die preußischen Truppen werden Hamburg besetzen.

— Die D. Ref. zeigt aus Berlin vom 31. Decbr. an, daß die Commissare der beiden deutschen Großmächte, welche im Namen des Deutschen Bundes die Regelung der holsteinischen Angelegenheiten zu bewirken haben werden, bereits nach Holstein abgegangen seien. Sie würden, dem Vernehmen nach, bei dem Beginne ihrer Thätigkeit dort eine Proclamation erlassen, in welcher ihre Aufgabe nach allen Seiten hin genau bezeichnet sein werde.

In einem dieser Mittheilung vorangehenden Leitartikel deutet die D. Ref. auch schon an, welcher Art diese Aufgabe sein werde. Zuvörderst müsse der Kriegszustand zwischen dem Landesherrn und den Holsteinern sein Ende erreichen, und es müsse sich demzufolge die holsteinische Armee zurückziehen und auf den Friedensfuß reducirt werden. Darin, meint das Blatt, sei keine Gefahr für Holsteins Rechte, denn der Bund habe bekanntlich größere Mittel, diese Rechte zu wahren.

Sei nun also der Friedenszustand in Holstein hergestellt, so werde der zweite Theil der Aufgabe der Bundescommissare sein, die Sicherung der Rechte Holsteins zu bewirken. Die D. Ref. hält es da zuvörderst für nöthig, zu erklären, daß die Furcht, der Bund könne diese Rechte nicht wahren wollen, für nichtig zu erklären; kein Friede könne von Dauer sein, dessen Grundlage nicht die Gerechtigkeit sei.

Der Artikel spricht es auch aus, daß nicht allein das Interesse der Holsteiner, sondern in gleichem Maße die Interessen Deutschlands eine nachdrückliche Wahrung der Rechte Holsteins erheischen, welche durch die früheren Bundesbeschlüsse als solche ausdrücklich anerkannt seien. Hoffen wir also, daß die Rechte Holsteins in guten deutschen Treuen gewahrt werden; und daß vor allem die Gerechtigkeit dabei obwalte; ohne die, die Reform sagt es selbst, kein Gedeihen für die Dauer entspringt.

Schließlich theilt das genannte Blatt noch mit, daß, obschon man hoffe, es werde der Unterhandlung gelingen, die erstrebten Erfolge zu erzielen, doch die beiden deutschen Mächte Bedacht genommen haben, auch in dem Falle, daß jener Wunsch nicht erfüllt werden sollte, diesen Erfolg zu sichern. Es werde sich daher eine dem Zweck entsprechende preußische und österreichische Truppenmacht nach Holstein in Bewegung setzen.

— Der Weser-Ztg. wird über die beiden für Schleswig-Holstein bestimmten Commissare geschrieben: Der eine, General Thümen, Commandant von Glogau, soll in Petersburg eine persona grata sein; sein College, der österreichische General Graf Mensdorff-Pouilly, ist wohl derselbe, der vor dem März 1848 eine Zeit lang österreichischer Gouverneur der Bundesfestung Mainz war. So viel wir uns erinnern, ist der Graf ein Schwager König Leopold's von Belgien und des für Schleswig-Holsteins Recht warmfühlenden regierenden Herzogs von Sachsen-Koburg-Gotha und in Folge dessen auch am englischen Hofe gern gesehen. So dürfte es leicht kommen, daß, umgekehrt wie in Kurhessen, der österreichische Commissar mehr zu Gunsten des zu pacificirenden Landes zu wirken suchte als der preußische, obwohl dieser das unverbrüchliche Wort seines Königs vom 24. März 1848 bei uns einzulösen hat.

— Der Weser-Zeitung wird von der Niederelbe unter Anderm geschrieben: Jedenfalls werden die Oesterreicher, sei es an der Elbe oder an der Eider, noch eine harte Nuß zu knacken bekommen. Auf Preußen setzt auch der sanguinischste Schleswig-Holsteiner auch nicht das geringste Vertrauen mehr. Dies geht unter Anderm aus einer seit einigen Tagen im Lande coursirenden Anekdote hervor, die jedenfalls gut erfunden ist. Man trägt sich nämlich mit dem Gerüchte, die Statthalterschaft habe beschlossen, die Instruction des Generals v. Thümen nur dann als gültig anzuerkennen, wenn dieselbe vom Könige von Preußen selbst unterzeichnet sei, und beabsichtige dann, diese Unterschrift mit der unter dem (zu diesem Zwecke von dem Herzog v. Augustenburg erbetenen) Originalbriefe des Königs von Preußen vom 24. März 1848 zu vergleichen. So boshaft diese Erfindung ist, so sehr scheint sie uns andererseits zu bestätigen, daß man in Schleswig-Holstein den guten Humor noch nicht verloren hat.

Oesterreichische Länder.

Wien, 29. December. Englische und französische Blätter bringen den Wortlaut einer Depesche des Fürsten Schwarzenberg an die wichtigsten europäischen Gesandten Oesterreich's vom 7. Dec. 1850, aus der wir einige Stellen mittheilen:

Sie sind durch meine Depesche vom 27. v. M. unterrichtet worden, daß der Baron Manteuffel mich auf's Dringendste zu einer Zusammenkunft aufgefordert hatte, und daß er mich wenige Stunden nach Empfang dieser Aufforderung durch den Telegraphen wissen ließ, daß er auf den bestimmten Befehl des Königs von Preußen nach Olmütz gehen werde, ohne meine Antwort abzuwarten. Se. Majestät der Kaiser betrachte es als seine Pflicht, dem so bescheiden ausgedrückten Wunsche des Königs entgegenzukommen. Das beigefügte Protokoll enthält das Resultat der Olmützer Conferenzen.

Es wird Ihrem Scharfsinne nicht entgehen, heißt es in demselben, daß das kaiserliche Cabinet, indem es zustimmte, daß die isolirte Stellung Preußens in den Angelegenheiten des Deutschen Bundes aufhöre, keinerlei Opfer bringen wollte, das nicht gebracht werden konnte, ohne dem wesentlichen Zwecke der Politik Oesterreichs und der übrigen deutschen Regierungen, welche ihren Pflichten als Mitglieder des Deutschen Bundes treu geblieben waren, zu präjudiciren. Oesterreich trat in die Schranken, um die Bundesverfassung Deutschlands, die durch die Verträge geschaffen ist, aufrecht zu erhalten. Es war unsere Pflicht, unser absolutes Recht in dieser wesentlichen Frage, in der unsers Erachtens selbst die fremden Mächte nicht ohne Gefahr vollständig neutral bleiben können, geltend zu machen. Wir mußten die Angriffe gegen die Handlungsweise des Bundestages zurückweisen und wir haben sie beschworen, indem wir seit Anfang des vori-

gen Monats von Preußen die feierliche Zusicherung erhalten haben, daß die Ausführung der Bundesbeschlüsse in Kurhessen und Holstein keinem Widerstande begegnen werde. Preußen hat diese Zusicherungen in Olmütz bekräftigt. Statt eines einfachen Laissez faire (Gewährenlassen), welches nicht ohne große Inconvenienzen war, hat es seine thätige Mitwirkung im Sinne der Bundesbeschlüsse angeboten. Bei diesem Umstande muß man den großen Werth dieses neuen und glücklichen Umschwungs mit Beziehung auf die ernsten Fragen, welche den Bund angehen, schätzend anerkennen.

Wir haben jede Anmaßung einer Theilnahme an der Leitung der Bundesangelegenheiten außerhalb der gesetzlichen Formen zurückgewiesen, und so lange zurückgewiesen, als man fürchten konnte, daß eine Concession in dieser Beziehung in den Händen Derer, die noch vor Kurzem unsere Gegner waren, zu einem Mittel werden konnte, um die Grundfragen des Bundes und die Erfüllung seiner Pflichten in Frage zu ziehen und so das Gleichgewicht und den Frieden Europa's in Gefahr zu bringen. Aus diesen Gründen kam man in Olmütz überein, in der kurhessischen und holsteinischen Angelegenheit gemeinschaftlich und in Gemäßheit der Bundesbeschlüsse zu verfahren. Bei diesem Stande der Dinge konnten wir es über uns nehmen, den Kurfürsten zu veranlassen, daß er nicht ferner Einspruch erhebe gegen den Aufenthalt der preußischen Truppen in seinen Staaten, und daß er durch eine ausdrücklich an die preußische Regierung gerichtete Aufforderung dieser Regierung Gelegenheit gäbe, sich ohne eine Rechtsverletzung an den Maßregeln zur Pacificirung des Landes zu betheiligen. In Betreff Holsteins waren es die in Frankfurt gefaßten Beschlüsse, bei denen Preußen eine Mitwirkung im Namen des Bundes übernahm. Es gereicht uns zu großer Genugthuung, daß die von allen Mächten, welche den mit Dänemark geschlossenen Vertrag unterzeichneten, so sehr ersehnte Ausführung desselben einer der ersten Punkte ist, in dessen Erfüllung sich die Bundesmitglieder von Neuem geeinigt haben.

Das Journal des Débats leitet diese Note mit folgenden Worten ein: „Die Depesche ist, wie man uns sagt, nur wenigen Mitgliedern des österreichischen diplomatischen Corps, nur denen, die den bedeutenden Missionen des Kaisers vorstehen, mitgetheilt worden. Dieses diplomatische Actenstück ist von großem Interesse. Der Chef des Wiener Cabinets legt darin von dem intimsten Grundgedanken der Olmützer Conferenzen Rechenschaft ab. Es scheint zu beweisen, daß man mit Unrecht Oesterreich den Hintergedanken zuschreibt, sich in Gemeinschaft mit Preußen einen überwiegenden Einfluß in Deutschland anzueignen und die Staaten zweiten Ranges zu mediatisiren. Man sieht ferner daraus, daß der Wunsch, in ganz Deutschland zur Wiederherstellung der conservativen Politik beizutragen, die Hauptrücksicht gewesen ist, die den Fürsten Schwarzenberg entschieden hat, sich zu einer friedlichen Beilegung herzugeben. Es ist daher sehr natürlich, daß die kleineren Höfe Deutschlands gegen die Convention von Olmütz nicht protestirt, sondern im Gegentheil sich beeilt haben, ihre Bevollmächtigten nach Dresden zu schicken. — Die Depesche des Fürsten Schwarzenberg rechtfertigt übrigens unser Vertrauen auf die Politik Oesterreichs zur Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der Ordnung in Deutschland."

Wien, 30. Dec. Im Neuigkeits-Bureau liest man: Die Zusammenkunft unsers Kaisers mit dem Könige v. Preußen scheint nunmehr sehr nahe bevorstehend zu sein. Die Abreise des Kaisers dürfte schon in den nächsten Tagen erfolgen. Dem Anscheine nach werden beide Monarchen nach Dresden reisen, wohin der kaiserliche Adjutant, Generalmajor Keller v. Kellerstein, bereits vorgestern abging; auch mehrere kaiserliche Hofequipagen werden zugleich dahin expedirt.

Wien, 31. Dec. Auf den Wunsch des Fürsten Schwarzenberg ist der Handelsministerial-Rath Hock nach Dresden abgegangen, da dort auch die materiellen Interessen des Gesammt-Deutschlands vorzugsweise behandelt werden sollen.

Wien, 2. Jan. Der Fürst Schwarzenberg ist gestern Abend hier angekommen.

Italien.

Rom, 23. Decbr. Ein außerordentliches Consilium tritt morgen, am heiligen Abende, zusammen; mehrere auswärtige Diplomaten sind dazu eingeladen worden.

Turin, 26. Dec. Durch Königl. Decret wird das Agio einiger Goldmünzen, durch einen Polizeibefehl jede Maskentracht während des Carnevals verboten. Eine Geschäftsorganisation der Ministerien und der betreffenden Departements ist erfolgt.

Cagliari, 18. Dec. Die britische Mittelmeerflotte traf unter Admiral Parker aus Barcelona hier ein, nahm Lebensmittel auf und ist in der Richtung von Malta bereits abgesegelt.

Frankreich.

Paris, 30. Dec. Das Bureau hat, dem Wunsche des Ministeriums entgegen, mit 8 gegen 6 Stimmen die Beibehaltung des Polizeicommissairs Yon beschlossen. Der Präsident der Kammer, Dupin, hat zu Gunsten Yons gestimmt. Die Minister haben nach gepflogener Berathung zu bleiben beschlossen. — Die Gläubiger Mauguins haben vom Director des Schuldgefängnisses Entschädigung verlangt; derselbe hat sie an Dupin gewiesen. Die Appellationsgerichte berathen über die Verhaftung Mauguins. — Die Legislative hat den abgeschlossenen Handelsvertrag mit Sardinien angenommen und sich bis zum Donnerstag vertagt.

Griechenland.

Athen, 18. Dec. Gestern ward das Kammerbureau gebildet. Präsident ward Herr Giurdis, Vicepräsident Danapulos Logothetes. Fast alle von der Regierung unterstützten Wahlen wurden als gültig erkannt. Der Minister des Innern hat dem Senate zwei Gesetzvorschläge überreicht, einen in Betreff der Ernennung von Rechnungsbeamten, den zweiten wegen Abänderungen in der Organisation der Provinzialräthe. Der Polizeipräfect Monastiriotti ist abgesetzt, andere Absetzungen wegen Unzukömmlichkeiten sind bevorstehend.

Türkei.

Konstantinopel, 20. Dec. Eine Bosporus-Dampfschifffahrtsgesellschaft hat sich gebildet. Said Pascha ist wegen der Angelegenheit des preußischen Unterthan Romano von Damaskus versetzt worden, bis das Gericht sein Urtheil spricht. Mehemed Pascha ist zu Aleppo mit 4000 Soldaten eingetroffen.

Redigirt unter Verantwortlichkeit der Verlagshandlung.
Druck und Verlag von G. Heinze & Comp.

Lausitzer Nachrichten.

Görlitz, 2. Jan. Heute früh um ½8 Uhr traf mit dem Berliner Zuge Se. Excell. der Ministerpräsident Herr v. Manteuffel hier ein, ohne daß irgend Jemand von dessen Ankunft etwas geahnt hatte. Ohne alle Begleitung begab sich Se. Excellenz nach seiner Ankunft vom Bahnhof aus zu Fuß nach der Stadt, nahm dieselbe in Augenschein, und verfügte sich sehr bald wieder auf den Bahnhof zurück, um mit dem nächsten Zuge ½9 Uhr nach Dresden zu den Conferenzen sich zu begeben. Auf die Kunde von der Anwesenheit des Ministerpräsidenten ergriffen unser Herr Oberbürgermeister Jochmann, Herr Stadtrath Köhler und Herr Landrath v. Haugwitz die Gelegenheit, dem hohen Durchreisenden ihre Aufwartung zu machen. Ihnen wurde auch die Ehre zu Theil, sich bis zum Abgange des Zuges mit Sr. Excellenz zu unterhalten. Heute Abend traf Herr v. Manteuffel auf seiner Rückkehr nach Berlin wiederum hier ein. Er kam mit dem letzten Sächsischen Zuge um 8 Uhr hier an und reiste mit dem Berliner Nachtzuge wieder ab, um morgen die Kammern wiederum zu eröffnen. X.

Görlitz, 2. Januar. Eine der Zierden unserer nächsten Umgebung ist wiederum vernichtet! Muthwillige Buben haben mit frevelnder Hand in einer der unlängst verflossenen Nächte 20 Stück Bäume auf der Hermsdorfer Straße ganz und gar umgehauen. Da dieser Baumfrevel auf städtischem Territorio verübt worden ist, hat unser Magistrat beschlossen, für den Entdecker des Thäters 20 Thlr. als Belohnung auszusetzen. Möchten doch endlich einmal zum Exempel Anderer diese im Dunkeln schleichenden Verbrecher entdeckt und zur wohlverdienten Strafe gezogen werden. 10.

— Vom 1. bis ult. December sind beerdigt worden:

a)	Todtgeborene	9.
b)	Kinder unter 1 Jahr . . .	10.
c)	Kinder von 1 bis 10 Jahren .	4.
d)	Personen von 10 bis 20 Jahren	—
e)	= = 20 = 30 =	6.
f)	= = 30 = 40 =	8.
g)	= = 40 = 50 =	3.
h)	= = 50 = 60 =	4.
i)	= = 60 = 70 =	7.
k)	= = 70 = 80 =	7.
	Summa	58.

— Bei der hiesigen katholischen Gemeinde, welche gegenwärtig circa 1000 Köpfe zählt, wurden im verflossenen Jahre 22 Kinder, und zwar 12 Knaben und 10 Mädchen geboren; dagegen starben 16 Personen, nämlich 9 männliche und 7 weibliche; getraut wurden 6 Paar. X.

— In der hiesigen christkatholischen Gemeinde wurden im Jahre 1850 geboren: 23 Kinder, 12 Knaben und 11 Mädchen (4 Mädchen wurden todtgeboren); gestorben sind 6 Kinder; getraut wurden 12 Paar.

Die hiesige jüdische Gemeinde zählt 113 Köpfe und wurden im Jahre 1850 geboren 2 männliche und 3 weibliche Kinder, 1 Kind starb, und wurden 2 Paare getraut. X.

Vermischtes.

Fürst Schwarzenberg, Felix Ludwig Johann Friedrich, geb. d. 2. Octbr. 1800, ist der Neffe des Feldmarschall und zweiter Sohn des Fürsten Joseph; seine Mutter fand während des verhängnißvollen Festes, welches ihr Schwager zur Feier der Vermählung Napoleons in Paris gab, bekanntlich in den Flammen ihren Tod, welche das Festgebäude ergriffen. Der Fürst war bis zum 28. März 1848 Gesandter am Hofe zu Neapel, seit dem 21. Nov. 1848 ist er k. k. Ministerpräsident und seit dem 17. April 1850 Kanzler des Franz Joseph Ordens. Er ist ohne Vermögen und unvermählt und soll seit einigen Monaten sehr gealtert haben. Der Cardinal Fürstbischof von Prag ist ein jüngerer Bruder des Ministerpräsidenten.

Lamartine. Betty Paoli erzählt in ihren „Pariser Eindrücken" folgende Anekdote über Lamartine, die für seine Eitelkeit charakteristisch ist. Mit meinem Freunde P. hatte Lamartine eines Tages das folgende Gespräch. L. Haben sie schon mein letztes Buch gelesen? — P. Gewiß! — L. Wie viel mal? — P. Nun, bei Gott ein mal. — L. Dann werden Sie mir erlauben, Ihnen zu sagen, daß Sie es nicht kennen. Ich selbst habe es vier mal gelesen, und ich habe immer neue Wahrheiten darin gefunden.

Bekanntmachungen.

[3] **Bekanntmachung.**

Auf Befehl des Königl. General=Commandos sollen in allen Bezirken sofort Control=Versammlungen abgehalten und dabei festgestellt werden:
a) welche Reserven und Landwehr=Mannschaften aller Waffen sich bei der Fahne befinden,
b) welche Mannschaften eingezogen und entlassen worden sind,
c) welche Mannschaften (Reserve und Landwehr) sich noch im Bezirk befinden, und welche davon nach dem Gesetz vom 26. October und 7. November a. c. (Amtsblatt No. 47. pro 1850 Seite 497) abkömmlich oder unabkömmlich sind.

Diese Control=Versammlung wird in Betreff der Mannschaften
des 1., 2., 3., 4. u. 5. Bez. **Mittwoch, den 8. Jan. 1851**, früh 9 Uhr,
des 6., 7., 8., 9. u. 10. = **Freitags, den 10. Jan.** ej. a., früh 9 Uhr,
des 11., 12. 13. und 14. = **Sonnabends, d. 11. Jan.** ej. a., früh 9 Uhr,
im Lokale des hiesigen Schießhauses stattfinden.

Alle im Vorstehenden bezeichneten sich hierselbst befindenden Mannschaften der Reserve und Landwehr erhalten hiermit die Ordre, sich an dem für ihre Bezirke festgesetzten Tage zur bestimmten Stunde pünktlich im Schießhauslokale einzufinden, und alle auf ihr Militairverhältniß bezüglichen Atteste, Notizen und Urkunden mit zur Stelle zu bringen, und sich daselbst bei dem betreffenden Bezirks=Sergeanten und Bezirks=Vorsteher zu melden.

Diejenigen, welche ihre Unabkömmlichkeit im Sinne des Gesetzes behaupten, haben sich hierüber bei Zeiten mit den erforderlichen Beweismitteln und Bescheinigungen zu versehen.

Görlitz, den 31. December 1850.

Der Magistrat. Polizei=Verwaltung.

[691] **Bekanntmachung.**

Es soll der Bedarf an circa 70 Centner Roggenstroh für die hiesige Strafanstalt auf das Jahr 1851 an den Mindestfordernden verdungen werden.

Wir laden daher qualificirte Lieferungsunternehmer hierdurch ergebenst ein: ihre desfallsigen Gebote auf den **am 7. Januar 1851** in unserm Geschäftslocale anberaumten Licitationstermine, wo auch die Bedingungen eingesehen werden können, abzugeben.

Görlitz, den 30. December 1850.

Die Direction der Königlichen Strafanstalt.

[4] Nachstehende **Bekanntmachung:**

Die Bürgersteige und Trottoirs dürfen weder zum Reiten und Fahren, sei es mit Wagen oder Schubkarren, benutzt, auch auf keine Weise durch Aufhängung von Gegenständen verengt und endlich weder zu Verrichtung häuslicher oder gewerblicher Arbeiten gemißbraucht werden. Dawider Handelnde verfallen, vorbehaltlich des Schaden=Ersatzes, in eine Polizeistrafe von zehn Silbergroschen bis fünf Thaler oder verhältnißmäßige Freiheitsstrafe. Görlitz, den 28. Juni 1844.

Der Magistrat. Polizei=Verwaltung.

wird hiermit in Erinnerung gebracht.

Görlitz, den 2. Januar 1851.

Der Magistrat. Polizei=Verwaltung.

Höchste und niedrigste Getreidemarktpreise der Stadt Görlitz vom 2. Januar 1851.

	Weizen			Roggen			Gerste			Hafer			Erbsen			Kartoffeln		
	Rt.	Sg.	Pf.	Rt.	Sg.	Pf.	Rt.	Sg.	Pf.	Rt.	Sg.	Pf.	Rt.	Sg.	Pf.	Rt.	Sg.	Pf.
Höchster	2	5	—	1	15	—	1	5	—	—	23	9	—	—	—	—	—	—
Niedrigster	2	—	—	1	10	—	1	2	6	—	22	6	—	—	—	—	—	—

Schnellpressendruck von G. Heinze u. Comp.